

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0228) 21 90 36/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Helga Schmedt MdB, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, kommentiert die "Krebsbilanz" des Bundesforschungsministers: Umweltverschmutzung als Krebsursache ernstnehmen. Seite 1

Rudolf Scharping MdL, Mitglied des Parteirates, wertet den Nahkampfkongreß der Republikanischen Partei der USA in Dallas: Gegen europäische Interessen. Seite 2

Dr. Renate Lepsius MdB fordert den Verfassungsschutz auf, sich mit einer revanchistischen Organisation zu befassen: Selbsternannte "Exilregierung" leugnet Nachkriegsordnung. Seite 4

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, betont das Erfordernis einer Pflegeversicherung: Minister Blüm muß endlich handeln. Seite 6

39. Jahrgang / 162

23. August 1984

### Umweltverschmutzung als Krebsursache ernstnehmen

Anmerkungen zur "Krebsbilanz" des Bundesforschungsministers

Von Helga Schmedt MdB

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Vor wenigen Tagen hat der Bundesforschungsminister der Presse einen "Krebsatlas" vorgestellt. Er entspricht damit einer Forderung der Sozialdemokraten, die ein bundesweites regionales Melderegister für notwendig erachten. Den Parlamentariern soll, nebenbei bemerkt, dieser Krebsatlas allerdings erst im September, und dann nur auszugsweise, zugestellt werden.

Nach dieser Pressekonferenz, die eine Krebsbilanz zum Ziel hatte, bleibt, so meine ich, eine entscheidende Frage offen: Macht es nicht hellhörig, wenn der Umweltverschmutzung als Verursacher von Krebserkrankungen eine so geringe Rolle beigemessen wird? Nur zwei Prozent der Krebstodesrate sind nach Ansicht des Ministers mit der technischen und zivilisatorischen Umwelt in Verbindung zu bringen. Dagegen seien die meisten Krebstodesfälle auf falsche Ernährungsweise zurückzuführen. An zweiter Stelle stehe der Lungenkrebs, zu neunzig Prozent, so heißt es, eine Folge des Rauchens. Mir scheinen hier Zweifel berechtigt.

Wurde nicht in der Vergangenheit zu oft gerade denjenigen Wissenschaftlern Glauben geschenkt, die die Umweltverschmutzung als eine "vernachlässigbare Größe" behandelt haben? Denn im Fall von Krebs kommt beispielsweise die Technische Universität Zürich zu einer ganz anderen Bewertung. Sie führt immerhin vierzig Prozent der im Jahre 1982 ermittelten Todesfälle durch Lungenkrebs auf Autoabgase zurück. Das läßt den Faktor Umwelt in einer ganz anderen Größenordnung erscheinen. Wenn sich demnächst bewahrheiten sollte, daß auch das chemische Bindemittel Formaldehyd zu den krebsregenden Umweltgiften gehört, wird die Frage eines effektiven Umweltschutzes noch dringlicher.

Es steht zu befürchten, daß in vielen Bereichen der "Verursacher Umweltschmutz" bisher unerkannt geblieben ist, weil es an der nötigen Zusammenfassung aller Kräfte und Kompetenzen im Umweltbereich fehlt. Deshalb scheint es mir unabdingbar, daß die Bundesregierung auch bei den Krebserkrankungen ihr Augenmerk vordringlich auf den Umweltbereich lenkt. Dieser Schritt zur Bekämpfung der Krebserkrankungen darf nicht auf die Seite geschoben werden.

(-/23.8.1984/vs-hgms)



### Die "neuen Rechten" sind am Drücker

---

Eine Bewertung des Wahlkampfkongresses der Republikaner in den USA

Von Rudolf Scharping MdL, z. Zt. Dallas  
Mitglied des Parteirates

Optimismus, Begeisterung, Selbstvertrauen, Hoffnung für die Zukunft oder: Show und Karneval mit Film und Musik vor, Tusch nach jeder Rede, und die von über 5.000 Anwesenden gerne befolgte Anweisung, zum offiziellen Parteitagsfoto aufzustehen und "cheese" zu lächeln. So mag ein oberflächlicher Beobachter diesen republikanischen Wahlconvent in Dallas sehen. Tatsächlich aber markiert diese Zusammenkunft der Reagan-Republikaner in den Monaten vor der Präsidentschaftswahl den völligen Durchbruch der sogenannten "neuen Rechten", die sich einer konservativ-reaktionären Ideologisierung verschrieben haben.

So neu allerdings ist dieser Trend in der Sache nicht: Barry Goldwater, 1964 der erfolglose republikanische Präsidentschaftskandidat, konnte 20 Jahre später der republikanischen Versammlung mit Recht sagen, Ronald Reagan mache heute die vor 20 Jahren von Goldwater propagierte rechtslastige Politik. Die Befürchtung des "liberalen" Republikaners Nelson Rockefeller, ebenfalls aus 1964, hat sich wohl bewährt: "Eine radikale, bestens finanzierte, disziplinierte Minderheit" hat sich der Republikaner bemächtigt - und erzeugt jetzt in Dallas zugleich schaukräftige, manchmal rivalistische Stimmung.

Ein Ausdruck dafür ist die ohne Anträge und ohne Diskussion oder Gegenstimmen verabschiedete republikanische Wahlplattform, deren Relevanz für die zukünftige Politik allerdings nicht zu überschätzen sein wird. Obwohl es die Republikanische Partei 1876 war, die erstmals eine Frau, es war Sara Spencer, auf einem Parteitag sprechen ließ, obwohl auf dem Wahlkongreß 1984 eine hohe Zahl weiblicher Redner präsentiert wurde - ein Zeichen wohl für die Nervosität nach der Nominierung Geraldine Ferraros bei den Demokraten -: In der Plattform der Republikaner von 1984 kommt der initiierte Verfassungszusatz für gleiche Rechte der Frauen nicht vor.

Die miserable Lage vieler Amerikaner als Folge einer brutalen Umverteilung von unten nach oben ist Gegenstand von Kongreßstudien. Diese weisen für schlechtverdienende Familien in drei Jahren einen Einkommensverlust von 19 Milliarden Dollar aus, für hochverdienende aber in der Zeit von 1983 bis 1985 einen Gewinn von 35 Milliarden Dollar. Ging es künftig nach der neuen republikanischen Plattform, dann wird diese Politik der sozialen Belastungen der Schwachen und der steuerlichen Bevorzugung der Hochverdienenden fortgesetzt werden.

Die Republikaner in Dallas folgten in beiden, der Ignoranz der Belange von Frauen, Arbeitnehmern, Schwarzen und Minderheiten einerseits, der Fortsetzung einer wirtschaftlich und sozial ungerechten Politik andererseits, jenen Interessen, die auch die Delegierten verkörpern. Nach Umfragen verdienen 46 Prozent der Delegierten mehr als 50.000 Dollar jährlich, 92 Prozent der Delegierten sind weißer und nur drei Prozent sind schwarzer Hautfarbe, 70 Prozent der Reagan-Delegierten sind zwischen 40 und 64 Jahre, elf Prozent sogar älter als 65 Jahre alt. Die gesamte soziale Struktur der



republikanischen Delegierten signalisiert ebenso wie das politische Programm, die Reden und die bisher praktizierte Politik die völlige Hinwendung der Republikaner zu einer patriotisch-nationalistisch verkleideten Politik für wirtschaftliche und gegen soziale Interessen. Die aggressive Beschwörung von "Traditionellem" soll verdecken, daß Toleranz und Liberalität dazu nicht mehr gezählt werden.

Nach dem gleichen Muster wird die Verantwortung der Vereinigten Staaten für die Welt nur beschworen: Tatsächlich ist in der Plattform zum Beispiel der amerikanischen Landwirtschaft sechs Programmseiten vorbehalten, der internationalen Wirtschaftspolitik dagegen nur gerade eine Seite. Die Überbewertung des Dollars, die weitüberhöhten US-Zinsen und der Defizitrekord der Reagan-Administration im Haushalt von rund 200 Milliarden Dollar, werden da rasch zu Wohltaten für die übrige Welt uminterpretiert.

Hauptprobleme der Internationalen Beziehungen werden auf amerikanische Sicherheitsbelange verengt und mit einem fast religiösen "Reif für die Zeit" emotional unterlegt. Die Reaganschen Ausfälle, die bekanntlich vom "Reiche des Bösen" bis zum unmittelbar bevorstehenden "Bombardement der Sowjetunion" reichen, geben einen Einblick in diese Denkart. Kein Wunder, daß - ebenfalls nach Umfragen - eine klare Mehrheit der Delegierten ein militärisches Eingreifen im Nahen Osten oder auch in Lateinamerika gegebenenfalls für "sinnvoll" hält.

Begleitschutz und Applaus halten die Republikaner von Dallas nicht nur von der selbsternannten "moralischen Majorität", die Barry Goldwater oder der Reverend Jerry Falwell verkörpern, sondern auch von konservativen Demokraten. Der Diskussionsprozeß um einen rechtsgewandeten konservativen Kongreß in den USA scheint zumindest in Dallas abgeschlossen.

Neben der "Krönung" des Präsidenten Reagan konzentriert sich jetzt das Interesse vieler Beobachter auf den ersten Kürlauf verschiedener denkbarer Kandidaten der Republikaner für 1988. Aus dem herrschenden Trend in Dallas ist aber keiner der denkbaren Bewerber bislang ausgebrochen. Die innere Opposition der Republikaner ist schwach, und kann sich offenbar zu einem politischen Widerspruch gegen den herrschenden Trend zur Zeit nicht durchsetzen.

In der Wahl zwischen dem Republikaner Richard Nixon und dem Demokraten Howard Humphrey fehlte nach Meinung politischer Beobachter und nach Umfragen damals lediglich noch eine Woche, um den ursprünglich 20prozentigen Vorsprung Nixons in der Wählergunst aufzuholen. Zwar haben die Demokraten diesmal das Rennen um die Präsidentschaft zuerst eröffnet, aber die Chancen des "Tickets" Mondale/Ferraro wird schlecht beurteilt. Die Kampagne hat jetzt begonnen.

Angesichts der enormen Bedeutung, ihrer Inhalte und Ergebnisse über die USA hinaus verdient die beginnende Wahlkampagne mehr Aufmerksamkeit auf dem europäischen Kontinent, als amerikanische Fernsehzuschauer der republikanischen "Convention von Dallas" zukommen ließen: Nur 30 Prozent der amerikanischen Fernsehteilnehmer wollten in diesen Tagen von den Republikanern etwas auf dem Bildschirm sehen, während rund 40 Prozent sich lieber Westernfilme ansahen. So jedenfalls konnten das Delegierte, Gäste und Journalisten in diesen Tagen den Zeitungen entnehmen. (-/23.8.1984/bgy/rs)

+ + +



Das ist eine Sache für den Verfassungsschutz

Eine selbsternannte "Exilregierung" propagiert den Expansionismus

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Eine selbsternannte "ostdeutsche Exilregierung" verschickt im Namen eines sogenannten "Staatsoberhauptes", Konrad Hoffmann, an Hochschullehrer deutscher Universitäten ein Konvolut höchst dubioser Schriften, Gesetzesblätter mit täuschend nachgemachten hoheitlichen Emblemen und farbig aufgemachten Landkarten mit atemberaubender Grenzkorrektur gen Osten. Das firmiert unter dem Briefkopf: "Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich". Die Länder: "Ostpreussen, Westpreussen, Pommern, Ost-Brandenburg, Posen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland".

An die Professoren - und über sie wohl an die studierende Jugend - richtet ein sogenannter "Präsident der Nationalversammlung des Deutschen Ostens, Staatsoberhaupt des Bundesstaates" das Wort. Landkarten flattern auf den Tisch, in denen die oben genannten Ostgebiete als vierter deutscher Staat eingezeichnet sind. Man erfährt etwas über die Aktivitäten einer jährlich tagenden "Nationalversammlung", die im vergangenen Jahr eine "Notverfassung" beschlossen und zugleich die Farben des kaiserlichen Schwarz-weiß-rot als Flagge in einem "Gesetz über die Hoheitszeichen" festgeschrieben hat. Im Namen einer "vollständigen Lehre" (an den Hochschulen der Bundesrepublik, versteht sich) werden die Universitätslehrer aufgefordert, die Völkerrechtswidrigkeit der Vertreibung der Deutschen aus östlichen Gebieten in ihren Vorlesungen herauszustellen.

Die Forderung lautet: "Sämtliche ehemals deutsche oder von Deutschen bewohnte Gebiete müßten umgehend von Polen, Russen und Tschechen geräumt und zurückgegeben werden." Das geht also weit über die Grenzen von 1937 hinaus, auf die die Landsmannschaften immer wieder Ansprüche erhoben haben. Die Propagierung expansionistischer und revanchistischer Ziele bedient sich dabei einer bewußt gewählten völkerrechtlichen Argumentation, die den Anschein einer rechtlichen Begründung und der Legitimation ihrer Forderungen Nachdruck verleihen soll. Das verschlägt einem den Atem. Von der Anerkennung der bestehenden Grenzen, von der Gewaltverzichtserklärung wie auch von der Entspannungspolitik wird ebenso wenig Notiz genommen wie von der Existenz zweier deutscher Staaten und einer Friedensordnung in Mitteleuropa, in der sich das besondere Verhältnis der deutsch-deutschen Beziehungen als ein tragendes Element der Stabilität und Friedenssicherung erwiesen hat.



Die Verweigerung der Realitätswahrnehmung ist nicht Idealismus, sondern Illusionismus. Die Nichtakzeptierung der gegenwärtigen Ordnung Mitteleuropas beruht auf einer alten geistigen und politischen Tradition der Abwertung der Nachbarn in Osteuropa. Freilich, kalte Krieger in West und Ost haben sich noch immer in die Hände gearbeitet. Gewiß sollte man also auch Sumpfbüden auf dem modrigen Boden rechtsradikalen und imperialistischen Gedankenguts nicht überbewerten oder ihnen gar eine Resonanz verschaffen, die der Elendigkeit ihrer Gedankenwelt unangepaßt wäre. Und doch: auf dem Hintergrund einer Debatte über Revanchismus und imperialistisches Gehabe ist angesichts der angespannten Lage zwischen dem Westen und Osten Europas jeglicher Hauch von Chauvinismus eine Bedrohung für die Normalisierung der Beziehungen mit den mitteleuropäischen Ländern des östlichen Paktsystems.

Die Vorgeschichte dieses dubiosen Vereins ist schon makaber. Es beruhigt eben nicht, daß sich die Landsmannschaften von diesen Leuten Distanz verschaffen wollen. Frühere Aktivitäten sind unter anderem: Eine von Großgrundbesitzern 1970 ins Leben gerufene "Gemeinschaft ostdeutscher Grundeigentümer". Die Klage und damalige Anzeige von Politikern, wie auch selnerzeit gegen den ehemaligen Bundeskanzler Brandt und seinen Außenminister Scheel wegen "Verfassungswidrigkeit der Ostverträge". Der Aufruf zu einer "Nationalversammlung des Deutschen Ostens", der, wech Zufall, in der Deutschen Nationalzeitung veröffentlicht wurde. Die von der "Exilregierung" beanspruchte Vertretung der sogenannten zehn "ostdeutschen Bundesländer" im Deutschen Bundestag. Die kurzfristige, 1971 gelaufene, dann aber von der Polizei aufgehobene Betreibung eines beweglichen "Regierungssenders". Die Gründung einer "Ost- und Reichsakademie" wie auch die eines "Ostdeutschen Finanzhofes". Die Versendung von Briefen und Flugblättern an polnische Landwirte und Gemeinden mit Drohgebärden und die schließlich 1982 erfolgte Verabschiedung einer "Notverfassung" durch die selbsternannte Nationalversammlung.

Sollten wir uns damit zufrieden geben, daß es sich um Sektierer handelt, oder vielleicht um einen Geheimbund von Greisen, alten Männern und Frauen, deren geistige Verkalkung so weit vorangeschritten ist, daß sie der Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung geflissentlich übergehen kann? Ich meine nein. Ich halte es für überfällig, daß sich der Verfassungsschutz mit diesem Kreis beschäftigt. Schließlich sind Verbindungen zu der von Gerhard Frey gegründeten "Deutschen Volksunion" nachweisbar, die mit rund 10.000 Mitgliedern vermutlich die größte neofaschistische Organisation, laut Verfassungsschutzbericht von 1980, in der Bundesrepublik darstellt. Darum habe ich die Bundesregierung in zwei Anfragen aufgefordert, diesem chauvinistischen Spuk ein Ende zu bereiten.

(23.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Eine Pflegeversicherung ist dringend erforderlich

Minister Blüm muß endlich Stellung beziehen - und handeln

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung lehnt die Einführung einer Pflegeversicherung als zu teuer ab - so hieß es vor wenigen Tagen in Bonn. Wieder einmal hat sich bewahrheitet, daß Minister Blüm zwar groß mit Worten, aber klein an Taten ist. Er ist Weltmeister in einer Disziplin, die leider noch nicht olympisch ist: im Probleme-auf-andere-abschieben. So hatte er noch Anfang Juni in einem Interview verkündet, es fehle bisher an Angeboten der privaten Krankenversicherung, um überschauen zu können, wie unsere Mitbürger über eine private Vorsorge für das Risiko der Pflegebedürftigkeit denken.

Welch ein Pech für den Herrn Minister, daß nur wenige Tage nach der pauschalen Beerdigung des Gedankens an eine Pflegeversicherung die privaten Krankenversicherungen ihre "Musterbedingungen für eine private Pflegeversicherung" der Öffentlichkeit vorstellen. Dieser peinliche Vorgang läßt zwei Begründungen zu: entweder wurde Blüm von seinem Mitarbeiterstab schlecht informiert, oder aber man mußte das Problem Pflegeversicherung noch schnell vom Tisch bringen, bevor die privaten Versicherungen ihre Musterbedingungen vorlegten, weil man eh nie an eine Realisierung gedacht hat.

Für letzteres spricht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, da Blüm ja bereits des öfteren nach großen Worten die Taten vermissen ließ. Daß aber die Probleme sowohl für die große Anzahl der Pflegebedürftigen in der Bundesrepublik, die zudem noch ständig zunimmt, als auch für Kommunen als Träger der Sozialhilfe immer drängender werden, sollte auch Herr Blüm wissen.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt und fast parallel zur Vorlage der Musterbedingungen durch die privaten Krankenversicherungen der rheinland-pfälzische Sozialminister Geil ein Konzept für eine Reform der staatlichen Pflegehilfen ankündigt. Die aus Steuermitteln aufzubringenden Mehrkosten beziffert er mit 1,1 Milliarden DM. Man darf gespannt sein, ob diese "Entlastungsinitiative" für Blüm von den eigentlichen Entscheidungsträgern im Bundeskabinett nicht auch gleich als zu teuer abgewiesen wird.

Allerdings macht die aus der Sicht der Pflegebedürftigen und der Kommunen begrüßenswerte Initiative des Herrn Geil (die leider in wenigen Einzelpunkten bekannt ist) eins deutlich: zum Nulltarif ist die dringliche Verbesserung der Lage der Pflegebedürftigen nicht zu haben. Dann stellt sich aber auch die Frage, warum einer langfristig angelegten, in unser bestehendes Sozialversicherungssystem integrierten Lösung über eine allgemeine Pflegeversicherung nicht der Vorrang zu geben ist. Sie hätte auch den Vorteil, daß sich die Bundesregierung wenigstens einmal in einem Punkt in Übereinstimmung mit konzeptionellen Überlegungen der Gewerkschaften (hier konkret der ÖTV) bringen könnte.

Beides, die Vorlage der Musterbedingungen für eine private Pflegeversicherung und die Gesetzesinitiative aus Rheinland-Pfalz, machen eins zwingend erforderlich: der zuständige Minister Blüm ist gefordert, statt unverbindliche Allgemeinplätze zu verbreiten, nun endlich Stellung zu beziehen und zu handeln. (-/23.8.1984/vo-he/rs)

+ + +

